

# Allezeitige Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 99.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Seit 1848 für Halle und Verden 250 Bl. durch die Post bezogen 3 Bl. für das Quartier.  
Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck-Verlag: Gellert'sche  
Druckerei (H. Heintze) in Halle a. S., Unterwallstraße (Sonntagsblätter), Halle, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die rechtsgültigen Anzeigen: pro Zeile und Raum für Halle a. S. den Centner  
20 Bl., außerhalb 30 Bl. — Stellen am Schluß des rotenenden Blattes bis zum 1. März 1912.  
Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.  
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1372.  
Verleger: Dr. Walter Genschow in Halle a. S.

Wittwoch, 28. Februar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telephon Amt Aurl. Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Die Thronrede zur Eröffnung des bayerischen Landtags.

In der Thronrede zur Eröffnung des bayerischen Landtags heißt es:

Meine Herren Reichsräte und Abgeordneten! Mit herzlichem Gruß heiße ich den versammelten Landtag willkommen, erfüllt von der Zuversicht, daß es Ihren Beratungen gegeben sein wird, das Gefühl des Vertrauens und der Bezeugung in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen. Das Budget für die laufende Finanzperiode, das Ihnen in unveränderter Form wieder zugeht, ist unter dem Gesichtspunkt möglicher Sparmaßregeln aufgestellt. Ihre Reden, deren Berücksichtigung bei Aufstellung des Budgets im September vorigen Jahres noch nicht möglich war, werden Ihnen einige Nachtragsskizzen zugehen. Ich die fortlaufende Erfüllung der Staatsverträge zu sichern, wird Ihnen unersparlich ein Gehörtenüber über den vorläufigen Vollzug des Budgets zur beschleunigten Behandlung vorgelegt werden. Abgesehen von diesen durch die Erfüllung gebotenen Vorlagen werden Ihnen nur solche zugehen, die im Interesse der allgemeinen Finanzen keinen Aufschwung dulden. Zum Ausgleich des Budgets wird Ihnen der Gehörtenüber über das Lotteriegeld nebst dem Staatsvertrag über die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie wieder unterbreitet. Zur Reichsversicherungsordnung wird Ihnen baldigt ein Ausführungsgebot samt Nachtragsskizzen zugehen. Einen zweifelhafte Vollzug dieses für meine Kreise verheißenen letzten Gesetzgebungsaktes zu gewährleisten, ist der Ihrer verständnisvollen Förderung sichere Zweck dieser Rede. Der einem dringenden Bedürfnis entsprechende Entwurf einer Kircheneinheitsordnung wird, teilweise unangearbeitet, neuerdings der Reichsleitung des Landtags unterbreitet werden. Weiter die Notwendigkeit einer Änderung der bayerischen Finanz- und Anleihegesetzgebung, die auch in den kommenden des Landtags kaum mehr als erledigt werden wird, wird Ihnen eine Denkschrift zugleich mit dem Gehörtenüber vorgelegt werden, der die Anwendung des Reichsgesetzes über den Anleiheausbau in Bayern einleiten soll. Dem wiederholt geäußerten Wunsch nach Erlassung eines Staatsvertrages wird durch einen Gehörtenüber entgegengekommen werden. Mit dem Ausbau des Lotteriegeldes soll fortgeschritten werden. Infolge der Steigerung des Verkehrs und der Verminderung der Betriebskosten haben sich die Finanzverhältnisse der Staatsbahnverwaltung so geklärt, daß der Ausgabekontingents für die in dem Gesetz vorgesehene Höhe gebildet werden kann. Aufgeben werden, nach dem in dem Reichsgesetz verordneten Umfang der Eisenbahnausbau. Die Förderung des Handels und der mächtig aufblühenden Industrie wird Gegenstand meiner unausgesetzten Fürsorge sein. Das Gleiche gilt von der Landwirtschaft. Ertragssteigerungen sind die Aufgabe, die insolge der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse des vergangenen Sommers zu bewerkstelligen sind. In dem landwirtschaftlichen Umfang eingetreten und werden daher aus diesem Anlaß weitere staatliche Maßnahmen nicht erforderlich sein. Nach den erregten Zeiten des Wahlkampfes heißt es nunmehr, auf dem Boden der friedlichen Erziehung sich zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit, die den Willen auf das Ganze richtet, auf das Wohl des Landes zu beruhen. Wie der allmächtige Gott, der in mein heiliges Geheiß Bayern und dem Deutschen Reich aus fernherhin das Glück einer friedlichen Entwicklung im Annehm wie nach außen gewährt und die Arbeit, an die Sie nunmehr herantreten, mit seinem Segen begleitet.

### Generalversammlung des Bundes der Handwerker.

Der Bund der Handwerker hielt am Sonntag in Berlin seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Er erschienen waren auch die Abgeordneten Kretz, v. Höllendorff und v. Dercken. Der Bundesvorsitzende Schneidermeister Wölgel-Friedenau betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Bund eine nationale Wirtschaftspolitik treiben wolle und auf monarchischer Grundlage liege. Zugleich hatte der Bundesvorsitzende das erste Referat übernommen, das einen Überblick auf die Reichstagsarbeiten zum Gegenstand hatte.

Wir müssen, so führte er aus, darauf bestehen, daß unsere Kandidaten sich schriftlich verpflichten, für die Förderung der Handwerker einzutreten. Zwei Weltanschauungen, wenn diese im Widerspruch stehen, bekämpfen sich heute: das mobile Kapital und die produktive Arbeit. Und die Regierung macht nur einseitig mit dem Geldkapital. — Reichstagsabgeordneter Kretz leitete, das produktive Element, und bei dem Handwerker sind die wichtigsten wirtschaftlichen und idealen Ziele verfolgten und müßte dem Bund der Handwerker reichlichen Erfolg. — Reichstagsabgeordneter und stellvertretender Provinzialvorsitzender Ludwig Berner, Charlottenburg referierte dann über die Aufgaben des kommenden Reichstags für das deutsche Handwerk, von denen die wichtigsten aufgeführt seien, nämlich: durch: zum zunächst die Handwerker angehe, so müsse hier die Reformfrage mäßigend sein; unumgänglich nötig sei eine Hilfsaktion, ferner ein erweitertes Schutz der Handwerkerbauernforderungen; das Submissionswesen bedürfe eine gründliche Umgestaltung; im Arbeitsnachweis sei eine mehrfache Verwirklichung im Mittelpunkt gestellt werden, außerdem sei eine Verlegung des gesamten Unternehmenseigentums auf die Nebenbuhler zu fordern; die bisherige Gewerbeordnung länger Redigieren zu müssen. Als Hauptforderung aber sei zu stellen: die Einführung des dreijährigen Berufsaufnahmepflichtes. Das Vorliegen der Vatermeisterschaft in Arnoldsche (Hessen) beschränkte sich

in wesentlichen darauf, eine Beschränkung der Gewerbeerbefreiung zu fordern. In der sich anschließenden freien Aussprache trat Abgeordneter v. Dercken für bestimmte Normen ein, in welchen Christlichen Handwerker überhaupt zu gelassen sind und in welchen nicht. Rammer seiner Partei gibt er die Versicherung ab, daß diese immer für Handwerkerforderungen eintreten werde. Es folgte ein Vortrag des Provinzialabgeordneten, Reichstagsabgeordneter Richard Kretz, über das Verhältnis der Regierung zu den Handwerks. Das Ministerium halte die Handwerker in der Hand. Seine Meinung nach werde das Großkapital niemals der Regierung geneigt. Weiter kam er darauf zu sprechen, daß jährlich gegen 3 Milliarden Deposition des Großkapitals aufweisen, die der Staat selbst einziehen könnte, wenn er die Preussische Gewerbeordnung Annehmlichkeiten für Deposition einrichten würde. So jedoch er, wolle den Mut nicht sinken lassen, sondern selbst wieder mitgehen, die herrlichen Zeiten heraufzuführen, die aus der höchsten Stelle aus dergehen sind. — Es schloßen sich noch zwei Vorträge von Reichstagsabgeordneten Karlwald (Gießenburg) und Schloßmeister Dieckmann an über die Zukunft des Bundes der Handwerker. Dann folgte eine längere Diskussion und interne Verhandlungen.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Die Pariser „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note:

Einige Mächte haben gemeldet, die französische Regierung ebenso wie die beiden anderen Mächte der Triplice seien geneigt, falls die Regierungen in Berlin und Wien sich den betreffenden Schritten anschließen, bei der Fortsetzung der Zurückziehung der osmanischen Truppen aus Tripolis und die Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei hinzuwirken. Wir glauben zu wissen, daß die Regierung der Republik bereit ist, sich jeder gemeinsamen Aktion der Mächte bei dem einen wie dem anderen der kriegführenden Teile anzuschließen, die bewirkt, eine Vermittlungsstelle für den Friedensschluß zu finden.

Demgegenüber hat die Fortsetzung der auswärtigen Votanten beauftragt, den Mächten kategorisch zu erklären, daß eine Verhandlung für den Frieden auf der Grundlage des italienischen Annexionsbetrags unmöglich sei.

Die „Unternehmung“ eines deutschen Dampfers. Am Montag früh erchien ein italienisches Kriegsschiff vor Messina und entbande ein Boot, um die Rapier eines französischen Dampfers zu untersuchen. Alsdann entfernte sich das Kriegsschiff wieder.

Frankreich und der Zwischenfall von Beirut. Wie offiziös aus Paris gemeldet wird, hat Ministerpräsident Boncour den Votanten Barrere beauftragt, mit dem italienischen Minister des Auswärtigen den Zwischenfall von Beirut zu erörtern und ihn auf die Folgen hinzuweisen, welche dieser im Hinblick auf die französischen Staatsangehörigen und Schutzbefohlenen haben könnte.

### Deutsches Reich.

\* Der Kolonial-Staatssekretär in Hanau. In den nächsten Tagen wird dem Eintreffen des Kolonial-Staatssekretärs Dr. Solz in Hanau entgegenzugehen, der sich über die Hanauer Diamantfabrikation und das Verhältnis der Arbeiter und Arbeitgeber informieren will.

\* Frankreich, Deutschland und das Kongogebiet. Wie aus Paris verläut, sind die Vorarbeiten für die Abgrenzung des an Deutschland abgetretenen Kongogebietes der Mission anvertraut worden, die die Vinführung der geplanten Nordbahn-Hafenbahn studieren soll. Diese Vorarbeiten haben bereits begonnen.

\* Bei der Landtagswahl in Westfalen. Am Wahlkreise Arnoldsche-Friedberg (Frankfurt a. M. 1) wurden 237 Stimmen abgegeben, die alle auf Gouverneur a. D. v. Schumann (deutschkons.) entfielen. Dieser ist somit gewählt.

\* Wahlmannwahlen in Berlin. Bei den geistlichen Wahlmannwahlen im zweiten Berliner Landtagswahlbezirk wurden 416 stimmgültige, 109 sozialdemokratische und zwei konservative Wahlmänner gewählt.

\* Zur Ueberfüllung im Oberlehrerberuf. Zur Frage der drohenden Ueberfüllung im Oberlehrerberuf, die gerade jetzt die aufmerksamen Oertern für die Berufswahl der Abiturienten von Bedeutung ist, wird der „Zf.“ von unterrichtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Die Zukunftsaussichten für die Abiturienten, die jetzt mit dem Studium der Philologie beginnen wollen, sind aus dem Grunde ungünstig zu nennen, weil eine Anstellung vor dem Jahre 1928 nicht zu erwarten ist. Wenn auch die Verhältnisse bei der Philologie jahrelang recht günstig waren und auch jetzt noch nicht ungünstig genannt werden können, so ergeben doch die aufmerksamen Erhebungen, daß in Zukunft ungünstigere Verhältnisse Platz greifen. Das Studium der Philologie dauert nach den Erfahrungen der Vergangenheit in Durchschnitt 6-6½ Jahre, wozu noch abgezogen vom Militärdienst eine Vorbereitungszeit von 2 Jahren (Seminar- und

Probefahrt) bis zur Erlangung der Anstellungsfähigkeit kommt. Die Abiturienten von 1912 würden also normalerweise 1920 bezw. 1921 anstellungsfähig werden. In den letzten Jahren ist nun aber infolge zeitweiliger günstiger Anstellungsverhältnisse der Zutrom zum Studium der Philologie außerordentlich groß gewesen; noch im letzten Sommersemester haben sich nach amtlicher Zählung 18 Prozent aller Abiturienten der Philologie zugewandt. Die Zahl der Philologie Studierenden und der jetzt im Vorbereitungsdienst stehenden Kandidaten ist infolgedessen so groß, daß im Jahre 1920 etwa 6000 anstellungsfähige Kandidaten vorhanden sein werden. Nun können aber an den höheren Schulen innerhalb und außerhalb Preussens jährlich nur etwa 700 preussische Kandidaten eine Anstellung als Oberlehrer finden, wozu würden die Philologen, die 1920 anstellungsfähig werden, also die jetzigen Abiturienten, mit einer durchschnittlichen Beteiligung von 8 Jahren zu rechnen haben, ehe sie in eine Oberlehrerstelle eintreten könnten. Die Aussicht auf Nebenbeschäftigung während dieser Zeit wird wegen der großen Zahl der Anwärter nur sehr gering sein. Die Abiturienten, die jetzt Philologie studieren wollen, werden sich daran tun, sich zu vergegenwärtigen, daß sie erst etwa im Jahre 1928 eine Anstellung werden finden können; sie werden sich daher besonders die Frage nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorlegen müssen, um sich und den Angehörigen vielleicht große Enttäuschungen zu sparen. Bezüglich der einzelnen Fächer sei noch bemerkt, daß die Ueberfüllung des Oberlehrerberufes sich zunächst in den mathematisch-naturwissenschaftlichen, dann in den neuromanischen und zuletzt in den altphilologischen und verwandten Disziplinen bemerkbar machen wird.

\* Zur Fortbildungspflicht für Mädchen. Der Landesverein preussischer Volkshilfswerkinnen, welcher wiederholt durch Beschlüsse und Eingaben für die Pflichtfortbildungspflicht für Mädchen vom 11.-18. Lebensjahre eingetreten ist, hat an die hiesigen Störversicherten aller preussischen Städte mit mehr als 100000 Einwohner eine Eingabe gerichtet, in welcher er die Bitte ausdrückt, durch Gesetz die Fortbildungspflicht für alle geuerlichen Arbeiterinnen und Handlungsbefehlenn einzuführen. Die Fortbildungsschule für Mädchen muß nun wie für Knaben in erster Linie Berufsschule sein. In dem Betriebe, Handel und Gewerbe tüchtige Kräfte zuzuführen, ist nun in manchen Städten für eine gediegene Fortausbildung der Knaben gesorgt worden. Es sind Handwerker, Handels-, Gewerbe- und Handwerkerfamilien eingerichtet worden. Solche Veranstaltungen auch für die Mädchen zu treffen, erwidert dem Landesverein preussischer Volkshilfswerkinnen als eine unabsehbare Forderung. Es ist nicht zu verstehen, daß die Erfüllung dieser Forderung den Gemeinden große pekuniäre Opfer auferlegen wird. Damit nun nicht aus befürchteten Gründen den Mädchen eine gute Berufsbildung vorenthalten werde, hat der Landesverein in seiner Eingabe an die hiesigen Störversicherten der preussischen Städte eine zweite Bitte ausgesprochen, nämlich die Mädchen zu den hiesigen hiesigen Schulen und Schulen, denen die fachliche Auszubildung der männlichen Jugendlichen obliegt, zuzuführen, wenn nicht bei hiesigen gleichwertige Veranstaltungen zur fachlichen Ausbildung der Mädchen getroffen werden können.

### Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 27. Februar 1912.

Am Ministerische: Handelsminister Dr. Spahn. Präsident Herr v. Giffa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wurde fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Ziebel (Soz.): Auch wie sich die Ueberfüllung der Forderungen der Handwerker. Die Frage scheint aber noch nicht geklärt zu sein, ob durch Einführung des zweiten Teils des betreffenden Gesetzes dem Handwerk genügt wird. Wir verlangen die Dinsangung der Arbeiter nicht allein zur Baukontrolle, sondern auch zur gewerblichen Inspektion. Wir verlangen eine Vermehrung der Gewerbeinspektoren-Affizienten sowie eine Vermehrung der gesamten Gewerbe- und Fabrikinspektion. Ein Korrektiv gegen die großpolitische Entwidnung bilden die gewerkschaftlichen Organisationen. Wir fordern, daß die Arbeiter nicht als Nebenbuhler, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger gelten.

Abg. Jellisch (Kons.): Der Sprecher behauptet alles möglich über die schlechte Lage der Handwerker und der Arbeiter, aber beweisen kann er nichts. Das Handwerksgeheim wird außerordentlich vertrieben in den verschiedenen Landesteilen gehandhabt. Wir wünschen, daß das Gesetz überall angewandt wird. Der zweite Teil des Gesetzes muß sofort da eingeführt werden, wo Forderungen der Handwerker in größerem Umfang nicht eingeht werden. Das kommende Wohnungsgesetz wirkt seine Schäden vorwärts, denn die Eigentümer der Beschaffung billiger Hypotheken hängt damit zusammen. Die Hypothekensfrage liegt wieder in Beziehung zu dem Kurs der Staatspapiere. Es wäre ein

bedient der Regierung, wenn es ihr gelänge, den Kurs der Staatsanleihen wieder in die Höhe zu bringen.

**Abg. Dr. Schifferer (Natl.):** Gegenüber der Konkurrenz der Warenmärkte muß das Kleinhandelsgerwerb auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen werden. Die Kartelle erweisen sich vielfach als ein gefährliches Mittel unserer wirtschaftlichen Produktion; sie verhindern in Zeiten niedriger Konjunktur eine Preisveränderung der Waren und ein Eintreten der Preisse. Wir wünschen einen verlässlichen Schutz der Arbeitswilligen im Rahmen der bestehenden Gesetze. Sie (zu den Sozial.) wollen eine Klassenpolitik nur im Interesse der Arbeiter. Wir wollen keine einseitige Klassenpolitik, sondern einen gerechten Ausgleich der Interessen aller Stände. (Beifall.)

**Abg. Nordhild (Freiw.):** Die Regierung hat keine Unterlagen für ihre abweisende Haltung in Sachen der Einführung des zweiten Teils des Kaufvertrages. Deshalb entstehen in den Kreisen der Bauhandwerker Zweifel, ob es der Regierung ernst ist mit ihren mittelständischen Forderungen.

**Minister Dr. Spahn:** Ich muß der Ansicht widersprechen, als ob es der Regierung nicht ernst sei mit ihren mittelständischen Forderungen. Ich habe getrennt nur auf die Schwierigkeiten der Einführung des zweiten Teils jenes Gesetzes hingewiesen, dessen Bedeutung vielfach übertrieben wird. Wir sind bemüht, das nötige Material zu sammeln und werden dann prüfen, ob es notwendig sein wird, den zweiten Teil des Gesetzes in dem einen oder anderem Besitze einzuführen.

**Abg. Karow (Opp. der Sozial.):** Das Kleingewerbe muß gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten geschützt werden. Die kleinen Geschäfte werden durch den Vorstoß der Sozialdemokratie so weit getrieben, daß sie sich dieser bedingungslos fügen. Der Kredit des Mittelstandes muß geschützt werden; namentlich in den freien Provinzen. Es gibt keine bessere Polizeipolitik, als wenn man das Handwerk in den kleinen Städten schützt.

**Minister Dr. Spahn:** Die Wünsche des Redneres werden wohlwollend geprüft werden. Wenn er meine, es scheint, als ob der Minister die nachgeordneten Behörden in Sachen des Submissionswesens nicht genügend in der Hand habe, so sind für diese Fragen insbesondere der Eisenbahn- und der Kriegsminister zuständig, und ich habe nicht den Eindruck, als ob diese zu den mit nachgeordneten Behörden gehören. (Geheiterkeit.)

Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

**Abg. Nordhild (Soz.):** Nachdem mehrere Redner die Sozialdemokratie unangenehm angegriffen haben, wird Schluß gemacht. Anschließend ist das nicht.

**Abg. Nordhild (Soz.):** Wegen dieser Beleidigung rufe ich Sie zur Ordnung.

Der Titel „Ministergehalt“ wurde bewilligt.

Beim Titel „Handels- und Gewerbeverwaltung“ erklärte auf eine Anregung des Abg. Dausmann (Natl.).

**Minister Dr. Spahn:** Durch die Abweisung der Kaliverke wird das Wasser verunreinigt, wodurch Landwirtschaft, Industrie und die Versorgung der Städte mit Trinkwasser gefährdet werden. Preußen allein kann hier nicht vorgehen. Es würde eine Vertiefung mit den Nachbarstaaten nötig sein, wenn nicht der Weg der Reichsregierung beschritten werden soll.

**Abg. Ehlers (Fortf. Sp.):** Die Fabrikinspektoren genügen im allgemeinen ihrer Aufgabe.

**Abg. Eisele (Soz.):** Wir stimmen der Einrichtung der Kantien für Schichtarbeiter zu.

**Abg. Dr. Wendland (Natl.):** Die Schichtarbeiter dürfen bei der Veranlassung der Schichtarbeit nicht schlechter gestellt werden. Das Kapitel wurde bewilligt.

Die Denkschrift über die Neueinrichtung des Eidwesens wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt, außerdem Etat der direkten Steuern. Schluß nach 4 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. Februar 1912.

Am Bundesratstag: Staatssekretär Dr. Delbrück und der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Zunächst wurde ein schmerzlicher Antrag der Sozialdemokraten um Einstellung eines schwebenden Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Viehnecht (Soz.) debattiert und angenommen.

Es folgte die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. Ausführung des internationalen Abkommens zur Bekämpfung des Wadshandels.

**Abg. Dr. v. Vitz (Fortf. Sp.):** Mit der Vorlage sind wir durchaus einverstanden. In Artikel 3 des Übereinkommens scheint allerdings eine erhebliche Lücke vorhanden zu sein. Die Reichsregierung stellt auf dem Standpunkt, daß das Anwerben eines Wadshändlers zu unethischen Zwecken, also die Anwerbung für ein Bordell, strafbar sei. Unsere Literatur teilt diesen Standpunkt nicht; hier müßte Klarheit geschaffen werden.

**Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger:** Ich kann erklären, daß das Deutsche Reich seine Vertragsverpflichtungen in lokaler Weise erfüllen wird. Das Reichsjustizamt ist nicht der Meinung, daß in unserer Rechtsprechung eine Lücke vorhanden sei. Das Anwerben von Wadshändlern für derartige Zwecke ist strafbar, auch wenn die Vollendung der Überführung in ein Bordell nicht stattgefunden hat. Sollte sich ergeben, daß die Praxis einen anderen Standpunkt einnimmt, so werden wir alsbald dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. (Beifall.)

Die Vorlage wird hierauf ohne weitere Debatte endgültig angenommen.

Der Handelsvertrag mit der Türkei wurde in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Hierauf wurde die erste Beratung über ein Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz fortgesetzt.

**Abg. v. Liebert (Natl.):** Das Deutsche Reich hat, umal die deutsche Sprache die zweierbreiteste Weltprache ist, alle Länder, deren Volksgenossen fast an sich zu schließen, und dazu bietet die Vorlage eine geeignete Handhabe. Über einzelne Bestimmungen in der Kommission zu verhandeln sein. Zu begründen ist die weitestgehende Erleichterung der Bürgererwerbungen der unmittelbaren Reichsangehörigkeit. Eine Völkergemeinschaft keine Volksgemeinschaft! Bei dem Schutz des Reiches gehen wir, muß auch für die Wehrfähigkeit dieses Vaterlandes etwas tun. Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind geeignet, die Deutschen im Auslande fester an das Heimatland zu fetten.

**Abg. Herzog (Wirtsch. Soz.):** Das Gesetz kommt reichlich spät, aber das ist immer noch besser, als gar nicht. Im allgemeinen entspricht die Vorlage unseren Wünschen. Angenehm ist immer noch erheblichen Gebietsverlustes in Deutschland ist die Vorlage zu begründen. Inwieweit soll sie verhindern, daß unerwünschte Elemente, die nicht einbürgert sind, deutsch werden und den deutschen Namen im Auslande zu vertreten, dem Reiche unnötig lange erhalten bleiben.

**Abg. Hansen (Dän.):** Der § 7 der Vorlage entfällt eine Unklarheit, die besonders in Nordfriesland schwer empfunden wird. Von den dortigen Gerichten werden hunderte von Personen als Preußen bezeichnet, von den Verwaltungsbehörden aber als Ausländer behandelt. Dieser Zustand sollte nicht verewigt werden. In das Gesetz müßte ferner eine Bestimmung darüber aufgenommen werden, daß auch in Deutschland geborene Kinder von Ausländern unter gewissen Bedingungen als Deutsche anzusehen seien. Diese Frage ist besonders in Nordfriesland sehr dringend, und mehrere Personen anfanglich sind, die keinen Staat angehören. Nicht nur die Deutschen im Auslande müssen besser gestellt werden, sondern auch die Ausländer müssen bei uns einer Behandlung teilhaftig werden, die eines mächtigen Volkes würdig ist. (Beifall links.)

**Abg. Landsberg (Soz.):** Es ist eine große Vortretung, daß Millionen von Deutschen durch das alte Gesetz dem Deutschen Reiche entzogen worden seien. Die so umfangreiche Entnationalisierung findet sich nicht in den Ländern, in denen man sich nicht in eine Konjunkturmaterie eintragen muß, um Staatsangehöriger zu bleiben. Wirtschaftliche Momente sind dafür ausschlaggebend. In Wöhrnen a. S. ist der Mann mit deutschen Namen wie Herold ein französischer Bürger, das Gegenstück dazu bietet ein Wägher (Gelehrter). Wenn die Nichterfüllung der Militärpflicht den Verlust des Staatsbürgerrechts nach sich ziehen soll, so müssen auch die Landesverträter und Selbstverwalter gleichermäßen bestraft werden. Unverfänglich ist die Befreiung gegenüber Krüppeln. Den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte darf man nur eintreten lassen bei schwerer Verletzung der Wehrpflicht, und dann nur durch einen Rechtspolizist. Auf eins müssen wir aber achten: Wenn wir Ausländer als deutsche Staatsbürger aufnehmen wollen, dann nur fürwerlich und geistig vollständig einwandfreie Personen; mit minderwertigen sind wir im Inlande schon genug besetzt. Die Bestimmung, daß bei der Aufnahme eines Ausländers sämtliche Bundesstaaten mitzureden haben, können wir entschließen ob. (Beifall bei den Sozial.)

**Abg. Frey v. Nischlag (Natl.):** Wir haben alle Interesse daran, möglichst viele Deutsche im Auslande dem Vaterlande zu erhalten und deshalb begrüßen wir den Entwurf. Was die Frau durch die Heirat die Nationalität des Mannes erhält, halten wir für richtig. Die Behandlung von Ausländern ist immer eine Frage des Rates. Darauf sind auch die Schwierigkeiten in Nordfriesland zurückzuführen. Das alle Bundesstaaten bei der Naturalisierung eines Ausländers gehört werden müssen, halten wir für richtig. Bei der Aufnahme von Ausländern muß volle Toleranz geübt werden; das könnte auch im Gesetze ausdrücklich zum Ausdruck kommen. (Beifall.) Durch den Entwurf wird das Selbstbewußtsein der Deutschen im Auslande gehoben und das Nationalgefühl gestärkt werden. (Beifall.)

**Abg. Seyha (Soz.):** Die guten Grundzüge dieses Gesetzes sind allerseits anerkannt worden, ebenso aber auch die Verbesserungsbefürftigkeit einzelner Bestimmungen. Wir sind der Meinung, daß alle diese Fragen nur in einer eingehenden Kommissionsberatung geklärt werden können.

Damit schloß die Debatte.

Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgte die erste Lesung des Schuttruppengesetzes. Staatssekretär Dr. Engelke hat ein neues Reichs-Verordnungsamt beauftragt werden beauftragt und Vorschriften, die heute schon in Übung sind, werden beauftragt. Das ist besonders der Fall hinsichtlich der Befugnis des Gouverneurs, Personen des Beurteilungsstandes zur Dienstleistung heranzuziehen. Wir wollen für Zeiten der Gefahr einen besonderen Beurteilungsstand für die Schutzgebiete schaffen. Die Vorschriften für die Handhabung der Kontrollverfammlungen sollen möglichst sich den speziellen Verhältnissen anpassen, dem Gouverneur wird deshalb ein weiter Spielraum eingeräumt. Die Järmer fallen dabei aus, weil nicht mehr die Wehrpflichtigen der Schutztruppen, die Polizei (Beifall.) Durch den Entwurf wird

**Abg. Noke (Soz.):** Die gesetzliche Regelung entspricht den Wünschen des Hauses, namentlich denen der Budgetkommission. Die Vorlage ist ein neuer Beweis dafür, daß sich die Regierung immer noch nicht freimachen kann von Schematismen. Die Ansicht der Budgetkommission ging dahin, durch gezielte Regelung des Schuttruppenwesens eine Verabminderung der Kosten für die Unterhaltung der Schutzgruppen zu erlangen. Das wird aber durch die Vorlage nicht erreicht. Unsere Zustimmung zur Vorlage wird abhängig sein von einer gründlichen Kommissionsberatung. (Beifall bei den Sozial.)

**Abg. Gieseler (Soz.):** So veranlasst, was der Staatsrechtler als hinsichtlich, ist der Vorlage nicht. Wir wollen erreichen, daß der Reichsausschuß abnehme und daß die Wirksamkeit ebenso ihr Gut und Mut für ihr Vaterland einsehen, wie die Deutschen im Heimatlande. Die Einrichtung der Kontrollverfammlungen schematisch auf die Schutzgruppen zu übertragen, ist höchst bedenklich. Der Reichstag wird stehen über die enormen Kosten. Ein Gesetz hat geringen Wert, wenn die wesentlichen Punkte kaiserlicher Verordnungen vorbehalten werden. (Sehr richtig!) Dadurch begibt sich der Reichstag des Budgetrechts. Die Streitfrage, ob der Gouverneur der Kolonie oder derjenige der betreffenden Schutztruppe die obere Kommandogewalt inne hat, wird durch die Vorlage nicht beseitigt. Die Pensionierungen der Schutztruppenoffiziere wachsen in erschreckendem Maße und man ist vielfach der Meinung, daß dabei nicht der strenge Maßstab angewendet wird wie bei der Pensionierung von Zivilbeamten. Dahin gehören auch die Vorschriften über das Militärstrafverfahren. (Beifall.)

**Abg. Götting (Natl.):** Die Kolonien entwickeln sich hinsichtlich der Ausführung der eigenen Kosten sehr erfreulich. Ob es schon an der Zeit ist, die Schutzgruppen zu vermindern, muß sorgfältig geprüft werden. Vor allen Dingen muß darauf gesehen werden, daß farbige Soldaten bei Anwerbung für unsere Schutztruppen niemals zur Bekleidung von Geschäften verwendet und daß sie nicht Neben als Vorposten eingesetzt werden. Mehrfache Bedenken werden uns nicht abhalten, aufgrund dieser Vorlage das Schuttruppengesetz zur Verabschiedung zu bringen, auch wenn uns zunächst noch finanzielle Opfer dadurch auferlegt werden.

**Abg. v. Wöhlenhoff-Wölpin (Soz.):** Zu meiner Freude haben sich alle Vorkörner zu dem Grundgedanken des Gesetzes im allgemeinen wohlwollend geäußert. Die Vorlage will die volle Ausnutzung der in den Schutzgebieten vorhandenen Wehrkräfte herbeiführen und dazu ist eine Organisation des Wehrwesens, der Kontrollverhältnisse und der Befreiungsgesetze notwendig. Auch wir haben die Ansicht, daß die Vorlage in manchen Punkten noch einer Veränderung bedarf. Ich beantrage die Bewerfung des Entwurfs an die Budgetkommission.

**Abg. Dove (Fortf. Sp.):** Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind auch wir einverstanden. Der Begriff der Kommandogewalt bezüglich der militärischen und bezüglich der staatsbürgerlichen Befugnisse bedarf allerdings einer genaueren Klärung in dieser Vorlage. Auch andere Punkte der Vorlage, die in dem Entwurf zum Teil nur flüchtig angedeutet sind, erfordern einen weiteren Ausbau.

**Abg. v. Liebert (Natl.):** Auch für uns besteht die Forderung, daß kein Bürger mit der Bekleidung von Wehrdiensten bestraft wird. Unsere Schutztruppen haben immer gute Disziplin und Mannesmut bewiesen, und es ist deshalb zu begrüßen, daß endlich die ganze Schutztruppe geregelt werden soll.

**Staatssekretär Dr. Engelke:** Wir können mit dem Ausgange der Debatte wohl zufrieden sein. Die Anträge auf wesentliche Änderungen werden in der Kommission geprüft werden. Überall wo es irgend möglich ist, wird die Kolonialverwaltung gern nachgeben.

Damit schloß die Debatte. Die Vorlage ging an die Subkommissionen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Etat des Reichshaushalts des Amern.

Schluß 6 Uhr.

## Ausland.

**Der Vorschlag für das englische Heer** weist eine Steigerung der Ausgaben von 170 000 Pfund Sterling und eine Erhöhung des Mannschafbestandes um 200 000 Mann für die Umgestaltung des Flugwesens an. Vergleichen ist ferner die sofortige Errichtung einer gemeinsamen Heeres- und Marine-Schule in der Ebene von Salisbury. Außer den für diese Flugzeuge bestimmten Flugzeugen soll eine bedeutende Zahl weiterer Flugzeuge als erster Anfang der Flugzeugausrüstung der Feldarmee angekauft werden.

### Spanien in Marokko.

Aus Madrid wird gemeldet, die spanische Regierung halte die französischen Vorschläge für die Grenzüberwachung in der Gidzone von Marokko für unannehmbar.

### Kreta.

Das kretische Bureau meldet aus Ranea: Die Konstantinopel-Delegation der Regierung von Kreta am Montag eine Note, in der mitgeteilt wird, daß die Wünsche anfänglicher seien, den Status quo und die Kapitalisation aufrechtzuerhalten. Wenn die Regierung dabei beharrt, Deputierte zu der griechischen Kammer nach Athen zu entsenden, oder wenn sie nur eine provisorische Anstellung entliche oder muslimischer auch weiterhin mitzubringen sollte, würden die Mächte die Maßregeln ergreifen, die sie für nötig hielten, um die Folgen abzuwenden, die das Vorgehen der Kreten nach sich ziehen müßte. Wenn sich die Kreten nicht regieren könnten, ohne den Frieden Europas zu gefährden, müßten sich die Kreten in einer Art und Weise die die Interessen der Kreten nicht entsprechen würde. Zufällig wurde die Note gerade am Montag überreicht, wo es infolge der Gerüchte dreier muslimischer zwischen muslimischen und Christen aus Kreta „Kancaner“ und „Minera“ sind auf der Rede angekommen.

### Die Republik China und ihre künftige Verfassung.

Die Delegierten zur Beratung über die künftige Verfassung sind am Dienstag in Peking eingetroffen und werden heute, Mittwoch, ihre Beratungen beginnen. Die Sitzung wird von der Versammlung der Zusammenkunft der Abgeordneten der Provinzen der Provinz Szechuan und der Provinz Sichuan beauftragt werden. Es wird angenommen, daß die Delegierten Peking als Hauptstadt beibehalten werden. Nach einer Konstitutionskommission auf Vorschlag der Provinzialparlamente die Mitteilung gemacht, daß eine internationale Konvention die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 20 Millionen Taels angeboten habe. Er werde daher demnach 4 Millionen Taels nach Peking schicken, um die republikanischen Soldaten bezahlen zu lassen, die insgesamt 300 000 Mann zählen und eine nationale Gefahr darstellen, wenn sie nicht bezahlt und vorzüglich behandelt würden.

### China will Batavia bombardieren.

Eine chinesische Zeitung in San Francisco hat von dem Privatsekretär Dr. Sunjansen eine Depesche erhalten, in der es heißt, die chinesischen Kriegsschiffe würden Batavia bombardieren, wenn Holland keine Entschädigung für die Tötung der Chinesen durch die holländischen Soldaten in Soerabaja zahle.

### Juarez von den Auffständischen in Besitz genommen.

Nach einem Telegramm aus El Paso begannen die Auffständischen die Belagerung von Juarez am Dienstag vormittag um 10 Uhr. Der mexikanische Konsul in El Paso erklärte, eine Beratung amerikanischer Wehrkräfte erhalten, haben die Belagerung von Juarez befehl erhalten, keinen Widerstand zu leisten und die Stadt den Auffständischen zu übergeben. Die Verteidiger der Stadt haben das Feuer nach wenigen Generalhaken eingestellt. Nach einem weiteren Telegramm aus El Paso haben die Auffständischen Juarez in Besitz genommen, nachdem sie nur einige Generalhaken abgegeben hatten, und ohne daß sie ihnen, abgesehen von vereinzelten Schüssen, Widerstand geleistet würde. Die Anjurten haben namentlich die städtischen Verwaltungsgebäude, das Zollhaus, die Baracken, das Gefängnis und die anderen öffentlichen Gebäude besetzt. Die amerikanischen Truppen schickten während des Kampfes Patrouillen an die Grenzen, die sich bereit hielten, in Juarez einzutreten, wenn El Paso gefährdet würde. Es ist indessen kein Gehör auf amerikanischen Boden niedergefallen. Nur ein einziger Amerikaner wurde verwundet. Die Anjurten haben sich verpflichtet, die Ordnung aufrechtzuerhalten und keine Plünderung zu begehen.

Das französische Budget genehmigt. Kammer und Senat in Frankreich haben gestern das Budget endgültig angenommen.

## Die Luftschiffahrt.

Bedenkliche Besuche des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

Wie uns mitgeteilt wird, auf Veranlassung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten auf dem Flugplatz Johannisthal ein Apparat aufgestellt, dem man amtlich große Bedeutung beilegt, das es mit ihm zum ersten Mal möglich sein wird, sämtliche Pruden des Bundes, d. h. die Komponente des Druckes, auf feste Gegenstände einzuhandeln festzustellen.

Der Apparat, der selbständig die Einwirkungen aus Einwirkungen misst und registriert, ist herangezogen aus einem



